

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. andw. Bestellungen frei und Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., ohne Befehlsgehalt. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 50 Pf., Neckarregion 1.25 M.; außerhalb 60 Pf., Neckarregion 1.75 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 254

Dienstag, 3. Juni 1919.

73. Jahrgang.

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Die neue bayerische Regierung.

Mz. In der Freitag Vormittags-Sitzung des Landtages in Bamberg wurde die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen. Das Wahlergebnis ist folgendes: Abgestimmt haben 92 Abgeordnete. Davon erhielten der Ministerpräsident Hoffmann 75, 15 Stimmzettel waren unbeschrieben. Hoffmann ist somit wiedergewählt. Darauf teilte der Präsident Schmitt folgende vom Ministerpräsidenten übermittelte Ministerliste mit: Es übernimmt das Ministerium des Inneren, des Unterrichts und des Kultus Ministerpräsident Hoffmann (Soa.), Inneres der bisherige Justizminister Endres, Finanzen Abg. Sped. (Bayr. Volksp.), Verkehr Frauendorfer, Justizminister, Handel, Gewerbe und Industrie Oberbürgermeister Hamm, Justizminister, soziale Fürsorge der bisherige Minister des Inneren Segitz (Soa.), Justiz Abg. Dr. Müller (Dtsche. Dem.), Landwirtschaft Abg. Freyberg (Bayr. Volksp.), militärische Angelegenheiten Schnepfenhörn.

Proteste aus dem Osten.

Mz. Der in Rattowitz tagende obereschlesische Parteitag der sozialistischen Partei nahm zur Polenfrage einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Der in Rattowitz tagende obereschlesische Parteitag der sozialistischen Partei Deutschlands erhebt im Namen von 216 000 Wählern Einspruch gegen den Frieden, der dem deutschen Volk auferlegt werden soll. Insbesondere stellt die Partei einstimmig fest, daß der Anschluß an Polen den geistigen und wirtschaftlichen Niedergang und eine neue Fesselung an das abgestreifte kapitalistische Joch bedeuten würde. Von der Reichsregierung erwartet der Parteitag, daß sie alles tun werde, um ein weiteres Verbleiben Obereschlesiens bei der deutschen Republik zu erreichen, und gelobt, sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen.

Herr Erzberger.

Mz. Die Pariser Blätter vom Sonntag, welche die Aussichten der Unterzeichnung des Friedensvertrages besprechen, stellen den Worten des Grafen von Brodorski-Kanbau, er werde den Vertrag in der vorliegenden Form nicht unterzeichnen, die angebliche gegenseitige Äußerung des Reichsministers Erzberger gegenüber, der gesagt haben soll: Wir sagen heute, daß wir nicht unterschreiben, damit wir ein paar Jugendsünden erhalten, die uns morgen die Unterchrift gehalten. Dem gegenüber erklärt Reichsminister Erzberger einem Vertreter des Volksbüros: Die mir zugeschriebenen Worte sprach ich nie. Meine ganze Tätigkeit besteht in der Mitarbeit darauf, daß Deutschland in Verhandlungen über den Friedensvertragsentwurf gelangt und daß ein annehmbarer Frieden bald abgeschlossen werden kann.

Schweizerische Urteile.

Mz. Der als offiziell anzusprechende Berner Korrespondent der „Baseler Nachrichten“ schreibt: Der Bundesrat hofft, daß die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgeschlossen werde. Nach unserer Erkundigung ist die Meinung nicht damit zu verstehen, als ob der Bundesrat Anhänger der Theorie wäre, daß Deutschland an jeden Preis den Pariser Entwurf zu unterzeichnen habe. Der durchaus richtige Eindruck, den die deutschen Gegenanschläge hinsichtlich der Verhandlungen haben, führten in Berner politischen Kreisen zu einer etwas optimistischen Auffassung der Lage. In diesem Sinne sind die heute vorliegenden Pressekommentare zu den deutschen Gegenanschlägen besonders beachtenswert. Es widmet die „Neue Zürcher Zeitung“ den deutschen Gegenanschlägen einen mehr als zwei Spalten umfassenden Artikel, der den deutschen Entwurf als ein Dokument wahrhaft staatsmännlicher Methode bezeichnet. Das Blatt weist als Beweis des besonderen Entgegenkommens Deutschlands die Vorschläge und Abänderungen sowie die anschließende Verpflichtung heraus und stellt fest, daß Deutschland damit Zugeständnisse mache, die noch vor kurzem unvorstellbar gewesen wären. Unter diesen Umständen sei es durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch die Gegenpartei ihr Entgegenkommen an den Tag legen werde.

Das Räteystem.

Mz. Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung nahm den Artikel über die Einführung des Räteystems mit geringfügigen Änderungen nach dem Vorschlag der Regierung an und schloß damit die erste Beratung des Verfassungsentwurfs ab. Die zweite Sitzung findet heute statt.

Ueber 3 Milliarden Zuschuß für die Eisenbahn.

In der preussischen Landesversammlung gab Eisenbahnminister Deier einen Überblick über die augenblickliche finanzielle Lage der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen. Unter allgemeinem Erstaunen stellte er fest, daß, wenn die Veranschlagung in der jetzigen Weise weitergehe, für das laufende Jahr mit einem Zuschuß von 3100 Millionen zu rechnen sei. Eine weitere Erhöhung der Löhne sei einfach unmöglich.

Preussische Landesversammlung.

Mz. Berlin, 2. Juni.

Die Besprechung der förmlichen Anfragen über die Zerrüttung des Eisenbahnverkehrs

wird fortgesetzt. Abg. Kopsch (Dem.): Die Verteuerung der Fahrkarten ist für die minderbemittelte Bevölkerung eine empfindliche Belastung. Die Erwerbsfähigkeit vieler Kreise wird dadurch sehr eingeschränkt. Redner fordert die Wiedereinführung von richtigen Kursbildern.

Abg. Köhler (Deutschnat.) fordert die Verbesserung des Personen- und Güterverkehrs und Berücksichtigung der Bedürfnisse der Landwirtschaft.

Abg. Schmedding (Zentr.) hofft, daß nach den Erklärungen des Ministers alles geordnet werde, um wieder zu besseren Verkehrsverhältnissen zu kommen.

Abg. Mehrhof (N. S.): Die Voraussetzung für eine soziale Lohnpolitik ist eine generelle Erneuerungspolitik im Zeichen der Demokratie. In den Personenzügen sollte nur eine Wagenklasse geführt werden.

Minister Deier: Die vorgebrachten Wünsche werden sorgfältig geprüft werden. Die Fahrtenanbahnungsarbeiten werden bald innerhalb Preussens zur Aufhebung kommen. Die Vermehrung der Schalter ist schon angeordnet worden. Bei der Formulierung der Wassenstaatsbedingungen für die Abnahme des zu liefernden Eisenbahnmaterials war leider kein Sachverständiger meines Ressorts zugezogen. Wäre das der Fall gewesen, dann würden die Bedingungen für die Abnahme des zu liefernden Eisenbahnmaterials wohl genauer präzisiert worden sein. In der französischen Presse ist mitgeteilt worden, daß ein Teil der Lokomotiven zurückgegeben werden soll, sobald die Frage der Bezahlung akut wird. Es soll sich nach einer Meldung um 1000 nach einer anderen um 3000 handeln.

Die Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftsleben wird nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte zurückgestellt und sodann eine förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei besprochen, ob sich die Zeitungsnachricht bewahrheitet, daß ein

Schulbücher-Monopol

eingeführt werden solle. Mehrere Redner sprechen sich gegen ein solches Monopol aus.

Kultusminister Dänisch hält den Gedanken des Schulbüchermonopols erwerblich, seiner Verwirklichung händen aber zur jetzigen Zeit noch große Schwierigkeiten entgegen. Bei der jetzigen Organisation des behördlichen Apparats sei er zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage, diese bedeutende Aufgabe zu erledigen. Die Schulbücherkontrolle werde mit besonderem Nachdruck durchgeführt werden. Mehrere Redner lehnten das Monopol ab oder äußerten ernste Bedenken dagegen. Der Abg. Adolf Hoffmann (N. S.) führte dabei aus: Es handle sich nicht darum, ob der Profit der Verlagsbuchhandlungen geschmälert werde, sondern darum, was der Gesamtheit zuträglich sei. Ähnen (nach rechts) kommt es nicht auf die Wissenschaft, sondern bloß darauf an, die hohenpostulierenden in den jetzigen Büchern und die stillschweigende Dummheit in ihrem Sinne zu erhalten. Der Volksbetrug muß aus der Schule heraus und die Wahrheit hinein. Schließlich wurde die Sitzung vertagt auf Dienstag 12 Uhr.

Die Rolle der „Kölnischen Volkszeitung“.

Mz. Redakteur Dr. Froberger erklärt in einer Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“, daß für die Reise nach Mainz und die dortige Besprechung er die Verantwortung ausschließlich allein zu tragen habe und Verlag und Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ als solcher in keiner Weise davon betroffen werden. Der damals allein hier anwesende Vertreter Robert Böhmer rief ihm sofort von dem Reiseantritt ab, um sowohl dem Verlage als auch der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ weitere unberechtigte Angriffe zu ersparen. Um zur Beruhigung der Bevölkerung keinerlei Heintzungen, scheidet er einseitig aus eigenem Antriebe aus dem Redaktionsverbande der „Kölnischen Volkszeitung“ aus.

Ausweisung des pfälzischen Regierungspräsidenten.

Mz. Die bayerische Regierung in Bamberg bestätigt die Nachricht, daß der bayerische Realernstpräsident der Rheinpfalz, v. Winterstein, aus der Pfalz ausgewiesen worden ist.

Die Militärverwaltung der besetzten Gebiete.

Mz. Die Kommission für die Festlegung der Bestimmungen der Militärverwaltung der rheinischen Gebiete hielt am Samstag Vormittag und am Abend Sitzungen ab. Die Bestimmungen werden sofort nach der Unterzeichnung des Friedens in Kraft treten. Der Sitzung wohnten u. a. Marschall Koch, General Wengand, Generalmajor, General Wilson, General Diaz und General Blüß bei.

Änderung in rhein. Verwaltungsstellen.

Wie die „Germania“ erfährt, ist Geheimrat Brugger aus dem Kultusministerium zum Regierungspräsidenten von Köln und Oberbürgermeister Fuchs zum Regierungspräsidenten von Trier ernannt worden. Beide Herren sind Katholiken und Zentrumsmänner. Es sind Erwägungen im Gange, den früheren Staatssekretär Trimborn zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennen.

Eine Rundfrage der Obersten Heeresleitung.

Die Oberste Heeresleitung erließ am 21. Mai eine Rundfrage, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stehe. Als die Reichsregierung davon Kenntnis erhielt, nämlich am 27. Mai, telegraphierte sie an die Oberste Heeresleitung, die Rundfrage der Obersten Heeresleitung vom 21. Mai betreffend Befragung der Bevölkerung wegen etwaiger Wiederaufnahme des Krieges werde von der Reichsregierung nicht gebilligt; die Reichsregierung erjuche, die Umfrage und Beantwortung sofort einzustellen, da sie als politisch anzusehen sei und daher über den Rahmen der Tätigkeit der Obersten Heeresleitung hinausgehe.

Darauf antwortete die Oberste Heeresleitung am 30. Mai: „Gemäß telegraphischer Anordnung der Reichsregierung habe ich die Rundfrage vom 21. Mai eingestellt. Ich hätte es dankbar begrüßt, wenn mir vor dieser Befragung Gelegenheit gegeben worden wäre, meine Gründe für die Umfrage darzulegen. Für alle Fälle Klarheit und sichere Unterlagen für die Entschlüsse zu schaffen, vor die die Oberste Heeresleitung von der Reichsregierung gestellt werden kann, war der Hauptgrund der Umfrage; daneben sprach aber noch ein anderer Grund mit.“ Nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen wurde der Generalfeldmarschall mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Ratsschlägen, Protesten und Rundschreiben aller Art überschüttet, aus denen ein oberflächlicher Beobachter leicht den Eindruck gewinnen konnte, als ob Volk und Meer zum Kampf fest entschlossen wären und diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufnehmen würden; ja, es geht so weit, daß der Obersten Heeresleitung aus manchen Kreisen Mangel an Entschlossenheit und nationale Pauseit vorgeworfen wurde. Unter diesen Umständen mußte ihr besonders daran liegen, ein ungefähres Bild über die Lage zu gewinnen, um einerseits auf die Einflüsse beruhigend einwirken zu können und andererseits einwandfreie Unterlagen zu erhalten, um die in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse und der öffentlichen Meinung mit schlüssigem Beweismaterial abwehren zu können. Die Oberste Heeresleitung hatte also ebenso wie die Reichsregierung die Absicht, beruhigend zu wirken und die friedliche Politik des Reiches nicht durch Einflüsse stören zu lassen.

Die Reichsregierung baut auf den inneren Reichswert und die Heberzeugungskraft ihrer Gegenanschläge und nicht auf die Erneuerung des Kampfes von unserer Seite; dabei wird es aber ihrer dauernde Bemühung sein, die Sicherungsaufgaben in den Ostprovinzen in keiner Weise vernachlässigen zu lassen.

An der westpreussischen Grenze.

Mz. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Thorn haben die Polen in den Ostschichten an der westpreussischen Grenze starke Truppenmassen zusammengezogen. In der Gegend von Sochawec sollen zwei Divisionen stehen, von denen ein Teil zur Armee Gallers gehört.

Die Zahl der Freiwilligen.

Reichswehrminister Noske teilte auf eine Anfrage der „Braunschweigischen Landeszeitung“ mit, daß die dem unabhängigen „Braunschweigischen Volksfreund“ aus angeblich gut unterrichteter Quelle zugekommene Nachricht, daß Reich verfüge außer der Grenztruppe, die auf 30000 Mann geschätzt werde, noch über eine halbe Million zusätzlicher Freiwilligen, unrichtig sei. Die vom „Volksfreund“ genannten Zahlen seien um das Doppelte übertrieben.

Reichsregierung und Friedensvertrag.

Blättermeldungen zufolge soll eine neue Erklärung der Reichsregierung bevorstehen, die den Entschluß der Regierung wiederholen und bestätigen soll, daß die Unterzeichnung des von der Entente vorgeschlagenen Friedensvertrages durch die Regierung nicht vollzogen wird.

Nach einer Meldung des „Manchester Guardian“ sind in den letzten Tagen aus englischen Häfen nach dem Festland ausfahrende Dampfer mit Lebensmitteln für die Alliierten zurückgehalten worden, um zunächst die Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland abzuwarten.

Eine Renterdevisen vom Samstag früh meldet aus Paris: Die Beratungen lösen unter allen Umständen beschleunigt werden, da der 15. Juni als Endtermin zur Unterzeichnung des Friedensschlusses eingehalten wird.

Die preussische Regierung ist am Montag mit den Vertretern sämtlicher Fraktionen der Landesversammlung zu einer Besprechung zusammengetreten, um über den Inhalt und die Gründe der deutschen Friedensvorschläge sowie über die Absichten der Reichsregierung Auskunft zu erteilen.

Die Antwort.

Der „Temps“ meldet, daß der Biererrat am Sonntag keine Sitzung abgehalten hat. Die Prüfung und Erörterung der deutschen Gegenanschläge durch die Ausschüsse der Konferenz dauert fort. Man glaubt, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanschläge Ende dieser Woche Graf Brodorski übermitteln wird. — Wie die „Sibérié“ bestätigt, wird der

Biererrat am Dienstag die Prüfung der deutschen Gegenverordnungen selbst beginnen. Die augenblicklichen Kommissionsberatungen gaben schon in einem sehr interessanten Meinungsaustausch Anlaß. Jedenfalls sei Wilson mit den Franzosen darin vollkommen einig, daß Frankreich nicht nachgeben werde, noch könne. Die Abendblätter sehen ihre scharfen Meinungen über die deutschen Gegenverordnungen fort. Debatte, die sich die Ausführungen des „Journal des Débats“, die Konferenzen und die ungenügenden Entwürfe, welchen sie so mühselig hergearbeitet habe, lakonisch nachsprachen. Sie werde dann noch im Herbst tagen; die Geduld der Völker sei erschöpft. Die mündlichen Verhandlungen, welche Brodtkorff wünscht, seien nicht mehr anzuhören. Die Konferenz hätte das System der mündlichen Verhandlungen mit den feindlichen Delegierten annehmen können, als sie zusammentrat, aber sie habe mit Recht vorgezogen, nicht in Anwesenheit des Feindes zu diskutieren und zu entscheiden. Jetzt dürfe man nicht mehr zurück, das Urteil sei gefällt und müsse durchgeführt werden.

Die vier Staatsmänner prüften am Samstag Vormittag den deutschen Gegenverordnungen und überwiegen verfaßte Artikel an die zuständigen Ausschüsse zur Begutachtung.

Die letzten Deutschen aus Ostafrika.

Mz. Berlin, 2. Juni.

An amtlicher Stelle ist jetzt die Nachricht eingetroffen, daß der Kommandant „Chekov Galle“ um die Mitte des Monats Mai von Dar-es-Salaam abfahren wird. Auf diesem Dampfer wird den letzten noch im Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika befindlichen Deutschen die Heimreise ermöglicht. Der Tag des Eintreffens in Rotterdam, das für Mitte d. Mts. Juni zu erwarten ist, wird noch bekanntgegeben werden.

Rosa Luxemburgs Leiche gefunden.

Am Samstag ist in Berlin Bromabwärts an der Stelle, wo Rosa Luxemburgs Körper ins Wasser geworfen wurde, ein weiblicher Leichnam geborgen worden. Es ist festgestellt, daß es sich um die Leiche der Frau Rosa Luxemburg handelt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 3. Juni.

Bereitstellung von Pachtland für Kleingärten. Der Magistrat der Stadt Wiesbaden bittet um die Berücksichtigung nachfolgender Zeilen: Der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gibt durch Erlaß vom 12. 4. 19 betr. pachtweise Abgabe von Land an Kleinanbauern zur Erzeugung von Kartoffeln und Gemüse bekannt, daß die Anträge auf Ueberlassung von kleinem Land sich mit jedem Tag mehren, die erforderlichen geldgeberischen Maßnahmen sich aber nicht in so kurzer Zeit erledigen lassen, daß dem augenblicklichen Bedürfnis auf diesem Wege abgeholfen werden kann. Das Verlangen richtet sich hauptsächlich auf die Erlangung kleinerer Landstücke zur Gewinnung von Lebensmitteln, insbesondere von Kartoffeln und Gemüse und der Erwerbung von Futterflächen. Der Herr Minister hält es weiter für erforderlich, daß auch die Privatgrundbesitzer der so überaus harten Nachfrage nach Pachtland ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zeigen. Als besonders wünschenswert bezeichnet er es, wenn eine solche Abgabe von Pachtland in dem erforderlichen Umfange so schnell erfolgen könnte, daß die Pächter in die Pacht versetzt werden, das Land noch in diesem Jahre mit Kartoffeln zu bepflanzen. Die Verfügungen des Herrn Ministers deuten sich mit den Bestimmungen unserer städtischen Verwaltung, die, wie bereits wiederholt in den Tageszeitungen berichtet wurde, in großem Umfange Land für Kleingärten zur Verfügung stellt hat und auch bei der Verpachtung der Grundstücke der Feldwege und der Grabenflächen auf die Bedürfnisse der kleinsten Pächter wachsende Rücksicht nimmt. In der Bereitstellung von Pachtland für Kleingärten könnte jedoch seitens der Privatgrundbesitzer und auch der Pächter von Privatgrundstücken noch mehr geschehen. In nächster Nähe der dichtbesiedelten Stadtteile liegen noch viele Grundstücke, die rein landwirtschaftlich genutzt werden, und auch Grundstücke, die zwar als Gärten angelegt sind, von denen der Pächter oder Pächter aber nicht von der Obhut Gebrauch macht, während das Grundstück im übrigen mehr oder weniger ungenutzt daliegt. Zweck dieser Zeilen ist daher, alle Grundbesitzer und Pächter, die ihr Land nicht voll auszunutzen, darauf hinzuwirken, daß sie diese Flächen dem Pachtland zuführen. Dieses Verlangen verdient auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse den Vorzug, da es viel richtiger erscheint, eine kleinere Pachtfläche gut, als eine größere schlecht oder weniger gründlich zu bewirtschaften.

Landwirtschaftskammer. Die Kattgebirgs Wahlen zur Landwirtschaftskammer in den Kreisen Rheingau und St. Goarshausen hatten folgendes Ergebnis: Rheingaukreis, Wiedergewählt: Landesökonomierat Ott-Rädelshelm; neu gewählt: Landwirt August Eilingshausen-Battenheim. Kreis St. Goarshausen, Wiedergewählt: Landrat a. D. Berg-St. Goarshausen und Bürgermeister Wiegand-Himmrich-Darm.

Frankfurt-Darmstadt. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion hat die französische Besatzungsbehörde die direkte Durchfuhr einer Anzahl Züge zwischen Frankfurt und Darmstadt über die Main-Neckar-Bahn, die vor einigen Tagen wegen ungenügender Benetzung einzelner Weichen aufgehoben worden waren, vom 1. Juni ab mit der Maßregel wieder zugelassen, daß bei weiteren Vorkommnissen eine endgültige Sperre eintritt. Die Reisenden werden dringend ersucht, jede Befolgung der Befehlsgruppen in eigenen Interesse zu unterlassen.

Die Prämie der Klassenlotterie. Die uns ein Telegramm aus Berlin meldet, fielen in der gestern Nacht mittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie Tausend Mark und die Prämie von 200 000 Mark auf die Nummer 37 244.

Reinert mit den Bäckepressen. Man schreibt uns: An den empfindlichsten Ausmaßen im Haushalte gehören zur Zeit noch die unerhörten hohen Bäckepreise für Stärkewalze. Ein einfacher Kragen oder ein Paar Weichen zu biegen kostet heute mehr, als früher der ganze Anschaffungspreis dieser Artikel betrug. Die hohen Bäckepreise waren bisher in der enormen Verteuerung der Bäckepreise begründet. Jetzt aber muß es Wunder nehmen, daß trotz der ganz bedeutenden Verschärfung der Stärke — früher 32 Mark und jetzt 12—13 Mark pro Pfund — die Bäckepreise ruhig auf der bisherigen unerschwinglichen Höhe gehalten werden. Hier ist ein Preisabfall unbedingt notwendig.

Ein kleiner Feuerbrand ist gestern mittags um 12 Uhr in der Poststraße 16 ausgebrochen, der von der Feuerwehr rasch gelöscht wurde.

Stadtkonzepte-Nachrichten vom 2. Juni. Sterbefälle: Am 30. Mai Frau Katharina Mebert, geb. Schmitt, 67 Jahre; Adolf Wollner, Pflanzweg, 62 Jahre. Am 31. Mai Otto Fischer, 13 Jahre; Frau Johanna Schöler, 69 Jahre. Am 1. Juni Frau Hildegard Schell, geb. Landwehr, 76 Jahre; August Pehrman, Reg.-Rat, 66 Jahre; Hermann, 65 Jahre.

Kirchliche Gottesdienste.

Evangel. Kulturgemeinde, Sonntag: Michelberg, Gottesd. 1. u. 2. Sonntag, 8.45 Uhr; Predigt u. Abendgottesdienst 7.30 Uhr. — Mittwoch, vorm. 8.45 Uhr; Predigt u. Abendgottesdienst 7.30 Uhr. — Donnerstag, vorm. 8.45 Uhr; Predigt u. Abendgottesdienst 7.30 Uhr. — Freitag, vorm. 8.45 Uhr; Predigt u. Abendgottesdienst 7.30 Uhr. — Samstag, vorm. 8.45 Uhr; Predigt u. Abendgottesdienst 7.30 Uhr.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Die botanische Abteilung des Nassauischen Vereins für Naturkunde veranstaltet am Mittwoch, den 4. d. Mts., einen Ausflug in das Boddenmoos, Abmarsch um 2 1/2 Uhr vom Bahnhof Dörsch.

Wiesbadener Frauenchor. Wegen Behinderung von Robert Kothke muß das 2. Konzert zum Behen der Wiesbadener Kreisblinden bis zum Herbst verschoben werden.

Der Reichszuschuß an gemeinnützigen Bau-genossenschaften.

Überall sind ansehnlich der Wohnungsnot auf der einen und die abschredende Verteuerung der Baukosten auf der anderen Seite Bekwehungen im Gange, mittels Zusammenstich ein Ausweg zu finden. Die Gründung neuer Bau-genossenschaften, sei es in dieser Form oder als G. m. b. H., wird vorbereitet, und die Frage der Zuschüsse von Staat und Gemeinden steht dabei im Vordergrund. Wie in einer in Bad Nauau stattgehabten Besprechung der städtischen Behörden festgelegt wurde, soll auch dort versucht werden, die Wohnungsnot durch Errichtung einer Bau-genossenschaft zu beseitigen; und zwar wurde in der Besprechung auf die erreichbaren Zuschüsse hingewiesen, die allein ein praktisches Bauen der Bau-genossenschaften möglich machen. Gemeinnützige Bau-genossenschaften erhalten zurzeit zu den Kosten der Ueberbauung, das ist der Unterbau der heutigen Bauweise gegenüber den Preisen vor Beginn des Krieges, einen Zuschuß des Reiches von 50 Prozent, wenn Staat und Gemeinde je 25 Prozent übernehmen. Auf diese Weise ist es möglich, den Minderbemittelten Wohnungen zur Verfügung zu stellen, deren Erhaltung der gemeinnützigen Bau-genossenschaft nur die Erhaltungskosten kostet.

Eine noch wichtigere Aufgabe besteht aber in der Notwendigkeit, Hilfe zu schaffen gegenüber dem Mangel an geeigneten Wohnraum auf dem Lande. Zur Erhaltung der Städte und zur Aufhebung der Arbeitlosenheiten

auf dem Lande ist eine Umwandlung jetzt das Hauptproblem. Das Fördern mit allen Mitteln verdient, was dem Lande, in der Landwirtschaft, ist aber der Arbeitsmangel immer noch der Brennpunkt. Um den Mangel von Arbeitern aus der Stadt auf das Land zu ziehen, ist der beste Weg der Bau geeigneter Arbeiterwohnungen. In der Landwirtschaft ist es innerlich gefühlvoller Gemeinden, sei es auf selbständigen mittleren oder größeren Gütern, die anzuwenden Voraussetzung. In Ermanglung und Erweiterung seines Bestandes vom 26. Dezember 1918 bestimmte der Reichsminister für das Wohnungswesen mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums und im Einverständnis mit dem preussischen Finanzministerium, daß Baukostenzuschüsse und Reichs- und preussischen Staatsmitteln zum Bau von Arbeiterwohnungen in Landgemeinden und für den arbeitslosen landwirtschaftlichen Besitz, insbesondere in Ostpreußen, bezirkt, auch dann gewährt werden können, wenn sich der betreffende Arbeitgeber, dem die zu erbauenden Wohnungen zugewandt kommen, seinerseits den auf die Wohnungen zugewandten oder den Gemeindeverband entfallenden Anteil an den Zuschüssen aus eigenen Mitteln aufzubringen. Voraussetzung für die Gewährung des Reichs- und des Staatszuschusses ist jedoch unbedenklich der im Ubrigen bestehenden Verhältnisse hinsichtlich der Wohnkosten, daß für die Wohnungen eine höhere Miete vereinbart wird, als sie nach dem derzeitigen Verhältnisse annehmen erscheint, und daß eine Erhöhung der Miete nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums erfolgen darf. Ferner darf die mit den Arbeitern abzuschließenden Mietverträge in keinerlei Weise die üblichen Verhältnisse des Arbeitsvertrages nicht die einseitige Kündigung des Mietverhältnisses durch den Arbeitgeber zur Folge haben darf. Die Durchführung des Zuschuß-Verfahrens liegt den Reichsfinanzministerien ob. Bei der Entschloßung über die Gewährung der Baukostenzuschüsse sind die Interessen der Arbeitgeber in erster Linie zu berücksichtigen, die sich bereit erklären, die zu erbauenden Wohnungen nach dem von den Bauherren Grund und Boden unter angemessenen Bedingungen ins Eigentum der Arbeitnehmer übergeben zu lassen. Mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit, die vorwiegend in absehbarer Zeit nicht nachlassen wird, ist mit allem Nachdruck auf die Verwendung von Erbsparnissen (Lehn, Rente usw.) hinzuwirken. Die Erbsparnisse sind in einer Druckform näher beschreiben. Sie ist den Bauherren beim den Magistraten überlassen und kann dort einsehbar werden.

Es liegt im Interesse der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft, daß sie sich möglichst schnell mit einer Ueberholung der arbeitslosen Arbeiter, da mit einer Wiederholung oder gar dauernden Arbeitslosigkeit aus öffentlichen Mitteln nach Verteilung der jetzt zur Verfügung gestellten Summe nicht mehr gerechnet werden kann.

Aus Na'ru und Nachbargebieten.

— Mainz-Nahe, 1. Juni. Für 60 000 M. Wert gekohlet. Ein sehr schwerer Einbruch hat wieder in einer der besten Städte in einer der Eisenortgebiete gelegenen Villa ausgebrochen. Die Diebe nahmen ihren Weg durch die Wälder, wo sie die dort zum Wachen bereit gelegene schmutzige Wache wegnahmen. Im Keller stahlen sie 100 Stück einzelne Eier mitnahmen. Von hier aus ließen sie in die Parterre Räume herauf. Die im 1. Stock schlafende Familie merkte zu nichts von dem Einbruch, bis sie am Morgen in die völlig ausgeraubten Zimmer kam. Unter anderem stahlen den Dieben große Summen Geld, vom sprich von 20 000 M., sowie Silbergeschmuck und Schmuckstücke im Gesamtwert von vielen Tausenden Mark in die Hände. Sofort die Polizei riefen und darauf nahmen sie vom Revier und dem Kreislich und nahmen die folgenden Delinquenten von den Wäldern herab. Aus der Verhaftung wurden sie das Verstecken und Verstecken es mit sich fort. Die Gattin des betroffenen Hausbesitzers erlitt beim Einbruch ihrer ausgeraubten Wohnung eine schwere Nervenaffekt, von dem sie sich bis jetzt noch nicht erholt hat. Von den Dieben verurteilt bis jetzt noch nicht. Der durch den Einbruch verursachte Gesamtschaden wird auf rund 60 000 M. geschätzt.

h. Erbach, 3. Juni. Unfall. Auf der Chaussee von He Erbach, 3. Juni, traf er einen Arbeiter und die rechte Handfläche hinab, daß er einen Armbruch und mehrere Verletzungen am Kopf erlitt. Der Fahrer eines gerade passierenden französischen Autos nahm sich der Verletzten sofort an, brachte ihn auf sein Auto und überführte ihn in ärztliche Behandlung nach Elmöhe.

fr. Gießen, 2. Juni. Das Opfer eines Raubmordes ist die 18jährige Wilhelmine Frankenhof, Tochter der Witwe: Frau Frankenhof, von hier gebürtig. Die 18jährige war in Elmöhe bei dem Landwirt Grohmann in Diensten. Am 25. Mai wollte es keine Mutter besuchen, aber hier nicht ankommen. Erst fünf Tage später ist das Verbrechen des Mordes auf, und als man von Nachforschungen anstellte, fand man im Wald in der Nähe der Hühnerhöfe die schrecklich verstümmelte Leiche. Der Mord war durchgeschritten, das Innere Auge hing aus dem Kopf und die Arme waren zerstückt. Es muß ein heftiger Kampf zwischen dem Täter und seinem Opfer stattgefunden haben. Von dem Mörder fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Residenz-Theater.

Ein ausverkauftes Haus begrüßte am Sonntagabend, allen Glanz des Prochters wie den Umbildern der Zeit in gleichem Maße Dros bietet, mit stürmischen Beifallausdrücken die Wiederkehr der Operette. Ob diese „Ein Walzertraum“ oder anders heißt, das ist bei der hier erfolgenden Feststellung der Tatsache, einerlei; die Masse leucht sich, so muß man sagen, nach leichter Brust, Vernunft aus dem naheliegenden Grunde, daß der Dros heute auf solche Weise am „Leitfaden“ für eine Reihe verlesen werden kann.

Der sehr starke Beifall, mit dem die Eröffnung der Operetten-Gastspiele (unter Leitung Nordert Kasperer, wie im Vorjahre) aufgenommen wurde, war im Punkte: Darbietungen kein unbedeutender; die Leistungen des neuen Ensembles berechnen zu der Erwartung einer Reihe guter Aufführungen. Zugleich auch im einzelnen die Wiedergabe der immer noch jugkräftigen Oskar Strauß-Wieners gerade hinter der Vollkommenheit früherer Walzertraum-Vorstellungen, als Ganzes darf dieser erste Abend gelobt werden. Die Spielleitung (Eduard Wäh) und die musikalische Führung (Kapellmeister Paul Freundenberg) waren mit Erfolg bemüht, diesen Walzertraum zu einer reichernden Arbeit zu bringen. Gesungen ist Maxim Rossi, der Leutnant-Prinzeß, ohne Einschränkung zu rühmen. Seine Partnerin Dora haben als Franzl kann es im Spiel mit den ersten Sängern der „Steingruberkapelle“ aufnehmen; sie besitzt das „gewisse Etwas“, auf das die Männer fliegen, den Ammutz der Jugend, die ihre Stimme ist zu klein, um sich durchzusetzen; in dieser Rolle aber kommt es vor allem auf das Spiel an, deshalb war Kräulein Ogen neben dem reichlichen Oskander ohne Einbuße die hinreichende Kraft des „Walzertraums“. An

den weiteren Hauptrollen wirkten Eduard Wäh (der Prinz), Wilma Marbach (die Prinzessin), Charlotte Haase (Oberammergau), Hermann Barnald (Leutnant Monks) verständlich; ein Urteil über ihr Können wird besser bei späterer Gelegenheit ausführlicher sein. Als Gast-Bohr glänzte in bekannter parodistischer Drolligkeit Hans Derbert-Richels.

Literarische Gesellschaft Wiesbaden.

Die letzte Veranstaltung der Literarischen Gesellschaft Wiesbaden, die am 28. Mai im großen Saale des Kasino stattfand, brachte einen vollen Erfolg. Frau Eliza Hummel vom Landestheater hatte sich mit ihrem Bruder Otto Hummel, der als Vortrags- und Lautenistler bekannt ist, zur Ausführung eines literarischen Unterhaltungsabends bereitfinden lassen. Da war es kein Wunder, daß nicht nur die Mitteilenden, sondern auch zahlreiche Gäste aus allen Gesellschaftskreisen sich eingefunden hatten. Um sich an der Kunst der Vortragenden zu erfreuen, das Programm des Abends war den Grundrissen der Literarischen Gesellschaft entsprechend, aus klassischen und modernen Dichtungen zusammengesetzt; es begann sehr ernst und feierlich mit Rezitation von vorzüglich wertvollen Bibelabschnitten und endete mit fröhlichen Liedern, und Wunderliedern, sodann jedem Geschmäme Rechnung zurechnen wurde. Die Sprache und Gestaltungskraft von Frau Hummel feierte, wie auf der Bühne, so am Vortragspult neue Triumphe; ihre warme Stimme von hinreißender Klangfülle wirkte ebenso sehr „in den Bedrückten zu flagen“. Überzeugend als erklarer als aufstrebend zu erleben. Besonders gelte das meisterhaft vorgetragene Goethesche „Gott und die Baladere“, nicht minder das oft mißverständliche „Wenn du zum Weibe gehst“ Nischels sowie Dros „Malkid“. Aber minder fanden die mit vollendetem Scharfsinn und abersinnigem Humor wiedergegebenen heiteren Regitationen, wie „Märchen aus

dem Hühnerhof“, „Abreise“ u. a. m., ihr sehr dankbares Publikum; sie offenbarten für viele eine neue Seite des Könnens der geküßelten Vortragenden. — Nach der Dros Herr Otto Hummel, errang durch seine Leistungen einen achtungsvollen Erfolg. Naturgemäß sind die Wirkungen des Vorklages „zur Laute“ beschränkt, besonders in unserer von musikalischen Genüssen überfluteten Zeit, aber was auf dem — überaus sehr schönen — Instrument herausgeholt ist, das wurde redlich geboten, und auch Otto Hummel selbst Anerkennung und Beifall nicht. Am Schluß gab es viel Jubel und Blumen. Alles in allem: ein wohlbesetzter Abend, und ein neuer Ansporn für die um würdige Literaturpflege bemühte Literarische Gesellschaft Wiesbaden. P. H.

Kleine Mitteilungen.

Maler Ernst Morgenstern, der letzte aus der seit 170 Jahren in Frankfurt a. M. ansässigen Künstlerfamilie Morgenstern, die seit fünf Generationen vom Vater auf den Sohn den Kunstmalerberuf vererbt, ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Die Strahlische „Salome“ in Kopenhagen. Das Melodrama „Salome“ von Richard Strauß erlebte bei seiner Erstaufführung in der Kopenhagener Royal Opera einen Aufwandsersola. Die Darbietung von Oskar Strauß gleichnamigen Drama war f. B. eine weit über die jetzt angebotene, Frau Komprecht, Jana die Titelrolle, sah auch aus, länger aber nicht sicher, tonate wie eine Komödie und kam mit herabendem Gang; aber das „Salome“ wie „Politen“ in ihrer Besprechung etwas „Salome“ merkte, kaum anders wie eine „recht treffliche Operette“. Das Publikum verließ sich nicht, und wenn man auch viele Hände zum Beifall rührten, so machte die auch unvollständiger Widerspruch in das Klassische der Richard Strauß-Anhänger.



Todes - Anzeige.

Gestern nacht kurz vor 12 Uhr entschlief plötzlich an Herzschlag im 74. Lebensjahre unser geliebter Onkel

Herr Anton Liebler

Direktor des Vorschuss-Vereins Eltville und Beigeordneter der Stadt Eltville.

Eltville, den 1. Juni 1919.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Carl Ditt Ww., geb. Kratz.

Die Beerdigung findet statt: Dienstag, den 3. Juni 1919, 4 Uhr nachmittags, das feierliche Traueramt am gleichen Tage, morgens 6 1/4 Uhr.

15027

Fachmännische Aufbewahrung von Pelzwaren

und Winterkleidern.

Volle Gewähr gegen Mottenschaden. Versicherung gegen Feuer und Einbruch-Diebstahl. Kostenlose Abholung.

Jacob Müller, Kürschnerei, Langg. 6 (Geschäftsgründung 1828.) Fernruf 2890.

11891

Geogr. 1885. Telefon 265 Beerdigungs-Anstalten Friede u. Pietät Firma Adolf Limbarth 8 Ellenbogengasse 8. Größtes Lager in allen Arten Holz- und Metall-Särge zu reellen Preisen. Eigene Leichenwagen und Kranwagen. Lieferant des Vereins f. Feuerbestattung. Lieferant des Beamten-Vereins.

Günstige Gelegenheiten zu Kauf und Miete von herrschaftl. Villen und Etagen weist nach 4428 J. Chr. Glücklich, Tel. 6656, Wilhelmstr. 56.

Junge Dame sucht für die Dauer ihres Aufenthalts (ungefähr 6 Wochen) ein schön möbliertes Zimmer, evtl. Wohn- u. Schlafzim. m. o. ohne Penl. Abbl. in d. Nähe des Waldes. Off. m. Fr. u. J. 399 an die Gesch. ds. Al. Nikolaistraße 11.

Tüchtiger Koch, welcher im In- u. Auslande tätig war, sucht auf gute Bezahlung, baldmöglichst, Stellung. Gust. Adolph, Firmatens (F. F.) Bilscherstraße 78.

Städt. Badhaus zum Schützenhof Schützenhofstrasse 4 (Hoteleingang). Thermalbäder mit Ruhegelegenheit.



Fotogr. Aufnahmen u. Vergrößerungen auch nach jeder Platte u. Bild Lichtechte Kunst-Drucke

Langgasse 25, 2. St., ist sofort eine eleg. 4 Zim.-Wohn. zu vermieten.

Rietreis einschl. Garderobes., Badesim. u. Küche, Dampfbad, u. el. Licht 2500 K. Costl. können einige Frontmöbel, dazu abzugeben werden. Näb. Langgasse 25, 1. T.

Reparaturen best. Lederwaren, Damentaschen, Brieftaschen, Geldbörsen, etc. Offenbacher Lederwarenhans. W. Reichelt, Gr. Burgstr. 6.

Gustav Fischer Damenschneider Moritzstrasse 5 :: Telephone 2413. Anfertigung moderner Jackenkleider, Mäntel und Mantelkleider. 15132

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 22 bei der Firma „Fritz Karl Giesgen“ zu Montabaur eingetragen worden: Die Firma ist ohne Änderung übergegangen auf Kaufmann Wilh. Giesgen zu Montabaur. Montabaur, den 21. Mai 1919. Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4 1/2% Schakanweisungen können vom 4. Juni ab,

für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstr. 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein, v. Grimm.



Zöpfe

sowie alle

Haar-Ersatzteile

in grösster Auswahl

Anfertigung auch von ausgekämmtem Haar

Dette Michelsberg 6.

Wer Kriegs-Beschädigte Kaufleute, Bürogehilfen und Arbeiter

aller Berufe benötigt, wende sich an die Vermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte im Arbeitsamt, Dohheimer Straße 1.

KURHAUS WIESBADEN.

Das für Montag, den 2. Juni, angesetzte

Sonder-Konzert

mit dem Violin-Virtuosen

Duci von Kerekjártó

findet am Dienstag, den 3. Juni, 8 Uhr abends, städt. städtische Kurverwaltung.

Kunst-Ausstellung

Wiesbaden von Grabmalentwürfen 1919-1920 Gartenkunst Kunstgewerbe Werbekunst

Bekanntmachung.

Die diesjährigen öffentlichen, unentgeltlichen Impfstoffe finden an den nachstehend angegebenen Tagen im Gebäude der ehemaligen Offiziers-Speisekantine, Dohheimer Straße 1, von nachmittags 5 1/2 Uhr ab statt und zwar:

- a) bezüglich der Wiederimpfung: am 19. Mai für die Knaben der Schule a. d. Rastelstr. (Reis) Lehrstraße. 20. " " " " " an der Vorderer Straße. 21. " " " " " am Schulberg. 22. " " " " " an der Labnstraße. 23. " " " " " Knaben des Reform-Realgymnasiums. 24. " " " " " der Oberrealschule. 26. " " " " " d. heid. Gymnasien u. Fabers Institut. 27. " " " " " Knaben der höheren Schulen und Instituten.

- b) bezüglich der Erstimpfung: am 8. Juni für die in den Mon. Jan. und Febr. geb. Kinder. 4. " " " " " März u. April geb. Kinder. 5. " " " " " Mai und Juni geb. Kinder. 6. " " " " " Juli u. August geb. Kinder. 10. " " " " " Sept. und Okt. geb. Kinder. 11. " " " " " Nov. und Dez. geb. Kinder.

Die Nachschautermine finden allgemein eine Woche später, nachmittags 6.00 Uhr statt, ausgenommen am 28. Mai, an welchem Tage die Nachschau für die am 22. Mai geimpften Kinder um 6 1/2 Uhr nachmittags stattfindet.

Für Kinder aus Häusern, in welchen ansteckende Krankheiten, insbesondere Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Diphtherie und rosenartige Entzündungen im Laufe des Jahres gebrüht haben, zur Zeit der Impfung aber erloschen sind, finden die Impfungen statt:

- am 11. September für Wiederimpfungen, am 12. September für Erstimpfungen. Nachschautermine wie vorangegeben.

Auf die Vorschrift, nach welcher die Eltern des Impflings oder deren Vertreter dem Impfarzt vor der Ausführung der Impfung über frühere oder noch bestehende Krankheiten des Kindes Mitteilung zu machen haben, und die Kinder zum Impftermin mit rein gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern gebracht werden müssen, wird noch besonders hingewiesen.

Impfpflichtig sind alle im Jahre 1918 und früher geborenen Kinder, soweit sie nicht bereits mit Erfolg geimpft worden sind oder noch ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blattern überstanden haben, ferner diejenigen Kinder, welche in früheren Jahren wegen Krankheit zurückgestellt oder der Impfung vorrückschmädeln wegen worden sind.

Wiederimpfpflichtig sind alle im Jahre 1907 geborenen Kinder, sofern sie Jünglinge einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule sind unter denselben Voraussetzungen wie vorstehend.

Im Uebrigen wird bemerkt, daß neben den amtlich ernannten Impfstoffen, auch jeder approbierte Privatarzt zur Einnahme von Impfungen berechtigt ist.

Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß Abholungen von Arm zu Arm nicht stattfinden und daß der zur Verwendung gelangende Impfstoff aus dem staatlichen Impfinstitut zu Essen bezogen wird.

c) bezüglich Wiederimpfung der übrigen Bevölkerung: Für alle nicht impfpflichtigen Personen der übrigen Bevölkerung, die gewillt sind, sich freiwillig gegen Pocken impfen zu lassen, findet die Impfung an jedem der bezeichneten Impftermine von 6 1/2 Uhr nachmittags ab unentgeltlich statt.

Wiesbaden, den 22. April 1919.

Der Polizei-Direktor: Dr. Alberti.

Amliche Bekanntmachung.

Verzeichnis der in der Zeit vom 25. bis einschließl. 31. Mai 1919 bei d. Polizei-Direktion Wiesbaden angemeld. Fundstücke: 2 Schüsseln und 1 leere Tellerplatte, 1 Taschentuchhülle, 1 Stein aus einem Siegelring, 1 weißer Damendarmhandschuh, 1 Kinderkrochett, 1 Fahrrad, 1 Lotterielos zu 500 Mark, 1 deutsches Landspende, 1 silbernes Gliederarmband mit Damenschlüssel, 1 Stück Damenblutentrost, 1 gelber Handschuh, 2 Anoden, 1 schwarzer Damenkrochett, 1 Rauchtententwurf, 1 Briefkasten mit Geld und Personalpapiere.

Polizei-Direktion Wiesbaden.